

Protokoll
23. Sitzung des Rates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.09.2025
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:13 Uhr
Ort:	Ratssaal, Hasestraße 11, 49565 Bramsche

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Heiner Pahlmann

Vorsitzender

Herr Winfried Müller

Mitglieder SPD-Fraktion

Herr Helmut Bei der Kellen
Herr Ralf Bergander
Herr Stephan Bergmann
Herr Karl-Georg Görtemöller
Herr Ulrich Holstein
Herr Thorsten Karssies
Herr Jürgen Knölker
Herr Christian Lübbe
Frau Anette Marewitz
Herr Oliver Neils
Herr Lars Rehling
Herr Josef Riepe
Frau Silke Schäfer
Herr Horst Sievert
Herr Dr. Harald Wegner

Mitglieder FDP-Fraktion

Frau Anette Staas-Niemeyer
Herr Hendrik Westerhaus
Frau Anke Wittemann

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Gert Borchering
Frau Monika Bruning
Herr Jan-Gerd Bührmann
Frau Imke Märkl
Herr Andreas Quebbemann
Herr Matthis Waldkötter

Mitglieder Fraktion B 90/Die Grünen

Herr Robert Goda
Herr Jens Kerntopf
Frau Barbara Pöppe
Herr Matthias Reyl
Herr Dieter Sieksmeyer

Mitglied Die Linke

Herr Jürgen Holz

Parteilos

Frau Silke Kuhlmann

Verwaltung

Frau Sonja Bodensiek
Frau ESTR'in Sonja Glasmeyer
Herr BD Christian Müller
Udo Müller

Protokollführerin

Frau Esther Lüßenheide

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion

Frau Ute Johanns

Mitglieder CDU-Fraktion

Frau Viktoria Enz Mitglied ab Top 3
Herr Heiner Hundeling
Herr Oliver Reyle Mitglied bis Top 2
Herr Ernst-August Rother

Mitglieder Fraktion B 90/Die Grünen

Frau Miriam Thye

Mitglied AfD

Herr Mark Mecklenburg

Tagesordnung:

ÖFFENTLICHER TEIL:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
3. Mandatsverlust durch Verzicht im Rat der Stadt Bramsche WP 21-26/0760
4. Genehmigung der öffentlichen Protokolle der Sitzungen vom 19.06.2025 und 26.06.2025
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Einwohnerfragestunde
7. Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen
- 7.1. Änderung der Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Personal WP 21-26/0761

- | | | |
|------|---|---------------|
| 7.2. | Änderung der Besetzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur | WP 21-26/0762 |
| 7.3. | Änderung der Besetzung des Betriebsausschusses | WP 21-26/0763 |
| 7.4. | Änderung bei der Benennung von ehrenamtlichen Vertretern der Stadt Bramsche in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen | WP 21-26/0764 |
| 8. | Haushaltsplan 2026 | WP 21-26/0738 |
| 8.1. | Haushaltsplan - Stellenplan 2026 | WP 21-26/0737 |
| 9. | Übertragung des Wärmecontracting ins Geschäft der laufenden Verwaltung | WP 21-26/0744 |
| 10. | 1. Änderung der Marktgebührensatzung der Stadt Bramsche | WP 21-26/0734 |
| 11. | Festlegung des Wahltages für die Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamtin bzw. des Hauptverwaltungsbeamten 2026 | WP 21-26/0727 |
| 12. | Antrag der SPD-Fraktion "Prüfung Stipendium oder anderweitige Studienförderung / ärztliche Ausbildung" | WP 21-26/0756 |
| 13. | Beantwortung von Anfragen | |
| 14. | Anfragen und Anregungen | |
| 15. | Einwohnerfragestunde | |

Öffentlicher Teil:

TOP 1	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
-------	--

RV Müller eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2	Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung
-------	---

BD Müller teilt mit, dass die Vorlage WP 16-21/0744 „Übertragung des Wärmecontracting ins Geschäft der laufenden Verwaltung“ unter Top 9 zurückgestellt werden muss, da noch vertragliche Inhalte zu gestalten sind.

Der Rat stellt den öffentlichen Teil der Tagesordnung fest.

Abstimmungsergebnis:

33	Stimmen dafür
0	Stimmen dagegen
0	Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Es wird festgestellt, dass die Mitgliedschaft des Ratsmitglieds Herr Oliver Reyle durch schriftliche Verzichtserklärung gegenüber dem Hauptverwaltungsbeamten nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 Nieders. Kommunalverfassungsgesetz beendet ist.

ESTR'in Glasmeyer erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

RM Quebbemann spricht die notwendige Unterbrechung der Ratssitzung aufgrund technischer Probleme mit der Mandatos App an und ist der Meinung, dass der Zeitpunkt der Unterbrechung im Protokoll zu vermerken sei.

RV Müller lässt über die Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 19.06.2025 unter Berücksichtigung der von RM Quebbemann gewünschten Ergänzung („Die Sitzung wird aufgrund technischer Probleme mit der Mandatos App nach Top 6 für ca. 20 Minuten unterbrochen“) abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 1 Enthaltung

RV Müller lässt über die Genehmigung des öffentlichen Teils des Protokolls vom 26.06.2025 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

1. BGM Pahlmann berichtet, dass der Nds. Landesrechnungshof (LRH) bei der Stadt Bramsche 2 überörtliche Prüfungen durchgeführt hat. Gemäß § 5 des Nds. Kommunalprüfungsgesetzes sind die wesentlichen Inhalte der Prüfungsmitteilungen dem Rat bekannt zu geben:

Überörtliche Kommunalprüfung – Interne Verwaltungsdigitalisierung

Bei der Stadt Bramsche wurde mit 11 weiteren Kommunen eine Orientierungsprüfung zum Stand der internen Verwaltungsdigitalisierung durchgeführt.

Die angemahnte Digitalisierungsstrategie ist mittlerweile durchgeführt und liegt gutachterlich vor. Die fehlenden finanziellen und personellen Ressourcen sind Gegenstand der Haushalts- und Stellenplanentwürfe 2026. Wie im KAAW-Gutachten wurde auch hier u.a. der fehlende Prozessmanager zur Prozessoptimierung, eine umfängliche IT-Sicherheitsstruktur, wie auch fehlende IT-Notfallpläne, so wie es u.a. auch das Bundesamt für Informationstechnik fordert, kritisiert.

Der Ausbau digitaler Serviceangebote wurde bei allen Kommunen angemahnt.

Fehlende finanzielle Ressourcen stellen aus Sicht des Nds. LRH eine weitere Hürde bei der Verwaltungsdigitalisierung und insbesondere der IT-Sicherheit dar.

Positiv vermerkt wurde u.a. die Einführung der eAkte im Rahmen des Dokumentenmanagementsystems, sowie die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen.

Dass es gerade im Bereich der Sicherheit gegen Cyberangriffe Handlungsbedarfe gibt, ist unumstritten. Die aktuellen Beispiele in unserer Region mit Ostercappeln und Lotte machen deutlich, dass selbst kleine Kommunen Ziele von Cyberangriffen sind. Im jährlichen Kommunalbericht des Nds. LRH wird klargestellt, dass das *IT-Grundschutz-Profil Basis-Absicherung Kommunalverwaltung* die Mindestmaßnahmen definiert, die eine Kommunalverwaltung umsetzen muss, um sich nicht grobe Fahrlässigkeit vorwerfen lassen zu müssen.

Überörtliche Prüfung – Betriebliches Eingliederungs- und Gesundheitsmanagement

Die Stadt Bramsche wurde hier mit 4 weiteren Städten und 2 Landkreisen zum betrieblichen Eingliederungs- und Gesundheitsmanagement geprüft.

Beim verpflichtenden Eingliederungsmanagement (BEM) schnitt die Stadt Bramsche insgesamt sehr gut ab. Die Mitarbeitenden der Stadt Bramsche werden bei 6-wöchiger Arbeitsunfähigkeit informiert und aufgefordert, Gesprächsangebote des BEM-Beauftragten wahrzunehmen. Auch wird bislang auf eine Vertretung des BEM-Beauftragten verzichtet. Hinweise auf Ergänzungen im Anschreiben an die Betroffenen wurde bereits umgesetzt. Dokumentationspflichten des BEM-Beauftragten werden konkretisiert, soweit dies zulässig ist (Datenschutz). Eine Evaluation des BEM wird zukünftig angestrebt. Personalressourcen stehen aktuell hierfür nicht zur Verfügung.

Das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) basiert auf dem vorgeschriebenen Arbeits- und Gesundheitsschutz und dem vorgenannten betrieblichen Eingliederungsmanagement, sowie der freiwilligen betrieblichen Gesundheitsförderung. Die Stadt Bramsche hat ein Konzept zum BGM und definiert darin strategische Ziele. Die noch fehlenden psychischen Gefährdungsbeurteilungen sind bereits als Arbeitsauftrag für den Arbeitssicherheitsausschuss definiert. Ein Steuerungskreis zum Thema „Gesundheitsförderung“ ist grundsätzlich mit dem Personalrat besprochen. Krankenstatistiken werden nur anlassbezogen erstellt. Auf den Abschluss einer Dienstvereinbarung mit dem Personalrat wurde bislang verzichtet, da es einen regelmäßigen konstruktiven Austausch gibt. Personalressourcen stehen aber für die Aufgabe „Gesundheitsförderung“ nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung.

Der vollständige Wortlaut der Prüfungsmittelungen kann von jedem Ratsmitglied bei Herrn Müller im Fachbereich 1 eingesehen werden.

2. BGM Pahlmann berichtet von zwei Auftragsvergaben:

- Ersatzneubau Sporthalle Schleptrup // Auftragsvergabe Rohbauarbeiten (Baubeginn im Herbst, Baugenehmigung liegt vor)
- Vergabe von Tiefbauarbeiten für das Fontänenfeld am Münsterplatz (Baubeginn 17.09.2025)

3. Er berichtet weiter, dass der diesjährige Bramscher Berufs-Orientierungs-Parcours (B.O.P.) am 17. und 18. September 2025 in der Hauptschule und in der Realschule an der Heinrichstraße 7 stattfindet. Es werden sich um die 50 Aussteller daran beteiligen.
4. BGM Pahlmann teilt mit, dass am 28.10.2025 um 19:00 Uhr im Ratssaal das „Bramscher Zukunftsforum 2025 – zwischen Show und Deal“ gemeinsam mit der Volksbank stattfindet. Die recht prominente Referentin ist ein Teil des ARD Börsenteam.

TOP 6	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Keine

TOP 7	Besetzung der Ratsausschüsse und der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften und Benennung der Vertreter der Stadt in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen
-------	--

TOP 7.1	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Personal	WP 21-26/0761
---------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderung der Besetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Personal gem. § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

An die Stelle von Herrn Oliver Reyle tritt als Mitglied des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Personal Frau Viktoria Enz.

ESTR'in Glasmeyer erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 7.2	Änderung der Besetzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur	WP 21-26/0762
---------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt die Änderung der Besetzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur gem. § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

An die Stelle von Herrn Oliver Reyle tritt als Mitglied des Ausschusses für Soziales, Sport und Kultur Frau Viktoria Enz.

ESTR'in Glasmeyer erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 7.3	Änderung der Besetzung des Betriebsausschusses	WP 21-26/0763
---------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderung der Besetzung des Betriebsausschusses gem. § 71 Abs. 5 NKomVG fest:

An die Stelle von RM Oliver Reyle tritt als Vertreterin von RM Monika Bruning RM Viktoria Enz.

ESTR'in Glasmeyer erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 7.4	Änderung bei der Benennung von ehrenamtlichen Vertretern der Stadt Bramsche in Verbänden, Vereinen, Unternehmen und sonstigen Institutionen	WP 21-26/0764
---------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Der Rat stellt folgende Änderungen bei der Benennung von ehrenamtlichen Vertretern der Stadt Bramsche in Verbänden, Vereinen und sonstigen Institutionen gem. § 71 Abs. 5 i. V. m. § 71 Abs. 6 NKomVG fest:

1. Kreismusikschule e.V.
An die Stelle von RM Oliver Reyle tritt RM Viktoria Enz
2. Förderkreis Freundliches Bramsche e.V.
An die Stelle von RM Oliver Reyle tritt RM Viktoria Enz
3. Aufsichtsrat Stadtmarketing Bramsche GmbH
An die Stelle von RM Oliver Reyle als Vertreter für RM Ernst-August Rothert tritt RM Viktoria Enz

ESTR'in Glasmeyer erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

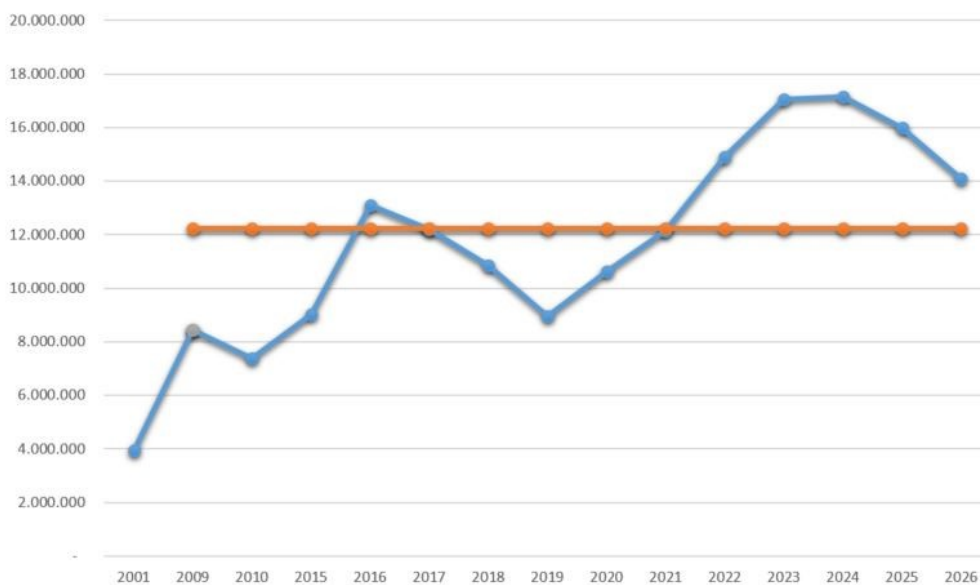
Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplan mit seinen Teilhaushalten und Einzelfestsetzungen für das Haushaltsjahr 2026, die fortgeschriebene Finanzplanung für den Finanzplanungszeitraum 2027-2029 und die Haushaltssatzung (s. Anlage Haushaltssatzung) werden in Gestalt der fortgeschriebenen Veränderungsliste beschlossen.

BGM Pahlmann erläutert die Einbringung des Haushaltes 2026 und berichtet ausführlich über die wichtigsten Haushaltsdaten.

Gewerbsteuerentwicklung



Der blaue Graph zeigt die Gewerbesteuer und der orangefarbene Strahl zeigt den Mittelwert der vergangenen Jahre.

Bei der Gewerbesteuer konnte über viele Jahre hinweg eine kontinuierliche Steigerung der Einnahmen festgestellt werden. Das ist leider nicht mehr der Fall. Die Tendenz geht nach unten. Erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten und die allgemeine wirtschaftliche Lage spielen dabei eine große Rolle. Äußere Bedingungen, auf die die Verwaltung keinen Einfluss habe.

Für das Jahr 2026 sind Gewerbesteuereinnahmen in Höhe von 14,1 Millionen Euro geplant.

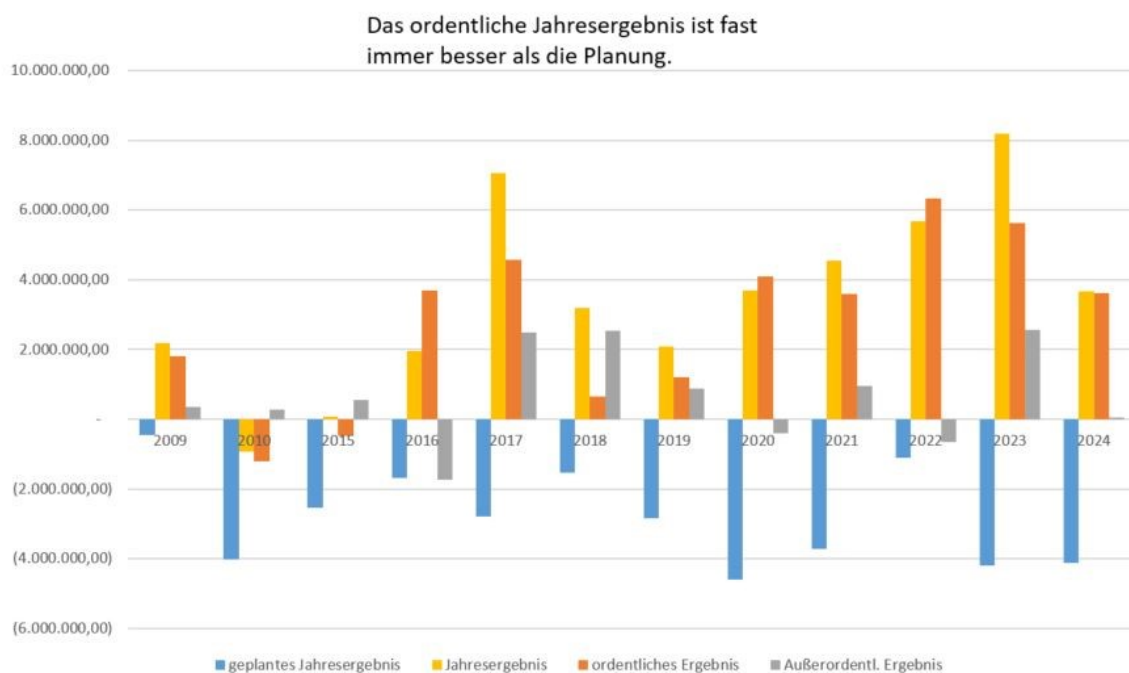
Eine Betrachtung über einen längeren Zeitraum zeigt, dass die Stadt Bramsche immer noch über dem Mittelwert liegt. Dementsprechend sollte eine Dramatisierung der Lage nicht erfolgen. Es wird auf einen Branchenmix mit vielen Betrieben aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen gesetzt, um nicht von

einzelnen großen Unternehmen abhängig und dadurch resistenter gegen Krisen in einzelnen Bereichen zu sein. Dieser Weg erscheint richtig und wird beibehalten.

Die Gewerbeflächenentwicklung spielt künftig weiter eine wichtige Rolle für die städtischen Finanzen. Im Frühjahr hat die Bauleitplanung für das Gewerbegebiet „Auf dem kleinen Sande – A1“ begonnen.

Der umsichtige Umgang mit diesen Steuermitteln zeige sich an den Jahresergebnissen der vergangenen Jahre.

Jahresergebnisse Plan/Ist



In den vergangenen Jahren konnte der jeweils mit einem Fehlbetrag geplante Haushalt im Ergebnis verbessert oder sogar ausgeglichen werden. Hier zeigt sich, dass die Einnahmen eher zurückhaltend und die geplanten Ausgaben mit der gebotenen Vorsicht unter Berücksichtigung möglicher Risiken geplant werden.

Durch die vorsichtige Planung wurden nur notwendige Aufwendungen und Investitionen getätigt. Dadurch waren die Abschlüsse seit 2015 positiv. Die Rücklage konnte durch die guten Jahresergebnisse zu einem Rücklagenbestand von inzwischen rund 48,6 Millionen Euro ausgebaut werden. Diese Vorgehensweise hat die Stadt Bramsche in die Lage versetzt, dass auch die kommenden Jahresabschlüsse bis auf Weiteres ausgeglichen werden können.

Die Zahlen des Haushaltes 2026 in einer Gesamtübersicht.



Haushaltsplan 2026

	Ergebnis 2024	Plan 2025	Entwurf 2026
<u>Ergebnishaushalt</u>			
Ordentliche Erträge	69.089.317 €	62.922.200 €	62.937.900 €
Ordentliche Aufwendungen	65.463.995 €	71.460.700 €	74.240.400 €
Außerordentliche Erträge	409.925 €	- €	- €
Außerordentliche Aufwendungen	41.653 €	- €	- €
Jahresergebnis	3.666.975 € -	8.538.500 € -	11.302.500 €
<u>Finanzhaushalt</u>			
Einz.a.lfd.Verw.-Tätigkeit	65.492.719 €	60.752.200 €	60.907.900 €
Ausz.a.lfd.Verw.-Tätigkeit	58.126.939 €	66.617.900 €	68.565.700 €
Einz. Investitionstätigkeit	2.317.252 €	2.577.200 €	2.676.300 €
Ausz. Investitionstätigkeit	10.017.164 €	14.172.500 €	13.326.800 €
Einz. Finanzierungstätigk.	- €	11.595.300 €	10.650.500 €
Ausz. Finanzierungstätigk.	2.328.994 €	2.891.000 €	2.888.000 €

Die Verwaltung rechnet mit einem Defizit von rund **11,3 Millionen Euro**, das insbesondere auf Umstände zurückzuführen ist, die nicht in kommunaler Verantwortung liegen, wie zum Beispiel massive Kostensteigerungen bei Personal, Unterhaltung und Investitionen sowie die unzureichende Ausstattung seitens des Bundes und Landes für immer neue Aufgaben, die den Kommunen auferlegt werden, ohne diese entsprechend mit finanziellen Mitteln auszustatten.

Besonders hart trifft die Stadt Bramsche auch die Auswirkungen des Zensus 2022 mit einer deutlichen Reduzierung unserer amtlichen Einwohnerzahl um 2.268 Einwohner, wodurch die Einnahmen aus den vom Land zugeteilten Schlüsselzuweisungen deutlich sinken.

Dies bedeutet einerseits geringere allgemeine Zuweisungen vom Land und zu geringe Erstattungen für auf Kommunen übertragene Aufgaben und auf der anderen Seite quasi in allen Bereichen steigende, fast schon explodierenden Kosten.

Besonders deutlich wird dies schon seit geraumer Zeit bei den höheren Ausgaben für Bauprojekte sowie bei der Unterhaltung und Bewirtschaftung von eigenen Gebäuden und Flächen.

Durch die gute Rücklage ist der fiktive Haushaltsausgleich jedoch gewährleistet. Und das auch für die zukünftigen Finanzplanungsjahre. Ein Haushaltssicherungskonzept ist nicht aufzustellen. Nichtsdestotrotz wird eine **Kreditaufnahme von etwa 10,7 Millionen Euro** benötigt, um geplante Investitionen realisieren zu können.

Insgesamt sind für 2026 mit **Investitionen in Höhe von circa 13,3 Millionen Euro** geplant.



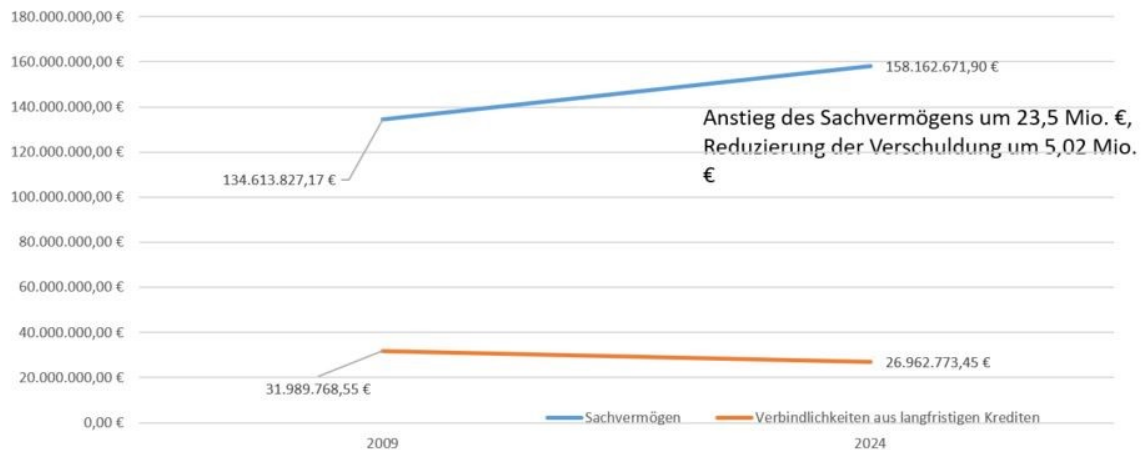
Die größten Investitionen

Maßnahme	Plan 2026	F-Plan 2027	Refinanzierung
424041501 – Ersatzneubau Sporthalle Schleptrup	3.000.000 €	1.000.000 €	
511021601 – Stadtsanierung „Bahnhofsumfeld“	2.500.000 €	2.500.000 €	jew. 500.000 €
212011701-Erweiterungsbau HS/RS	1.000.000 €	2.000.000 €	
111159902-Ankauf Gewerbeflächen	420.000 €	2.700.000 €	Verkauf der Grundstücke
111159901-Ankauf Wohnbaugrundstücke		1.000.000 €	Verkauf der Grundstücke
111161501-Sanierung Mietwohnungen		1.000.000 €	
Summe	6.920.000 €	10.200.000 €	

Diese Übersicht zeigt die größten Investitionsposten, die etwas mehr als die Hälfte der gesamten Investitionskosten umfassen. 3 Millionen Euro fallen für den Ersatzneubau der Turnhalle in Schleptrup an. Für das Sanierungsgebiet „Bahnhofsumfeld“ sind es 2,5 Millionen Euro und für den Erweiterungsbau an der Haupt- und Realschule ist es zunächst nur 1 Million Euro- Planungskosten.

Die folgende Grafik zeigt die Entwicklung der Sachwerte (blauer Graph) und die Entwicklung der Verschuldung (orangefarbener Graph).

Entwicklung SV und Verschuldung



In den letzten Jahren ist es gelungen die Sachwerte erheblich zu steigern. Dieses ist ohne Anstieg der investiven Verschuldung gelungen. Die Investitionen wurden aus dem positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gedeckt. Der Stand der Investitionskredite ist damit niedriger als vor der Finanzkrise 2009.

Es ist deutlich zu sehen, dass die Sachwerte erheblich gestiegen sind ohne das neue Kreditaufnahmen dafür notwendig waren. Die Investitionen wurden aus dem positiven Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit gedeckt, also quasi aus eigener Tasche gezahlt. Der Stand der Investitionskredite ist damit niedriger als vor der Finanzkrise 2009.



Ausblick investive Finanzplanung

	2026	2027	2028	2029
Veräußerung SV	1.000.000	500.000	-	-
weitere investive Einz.	1.676.300	1.904.000	645.000	645.000
Summe der Einzahlungen	2.676.300	2.404.000	645.000	645.000
Erwerb GuB	870.000	4.205.000	2.605.000	480.000
Baumaßnahmen	9.553.000	11.453.000	13.333.000	9.608.000
weitere investive Ausz.	2.903.800	2.047.500	2.207.500	2.426.500
Summe Auszahlungen	13.326.800	17.705.500	18.145.500	12.514.500
Saldo Investitionstätigkeit	-10.650.500	-15.301.500	-17.500.500	-11.869.500

Hier ist deutlich zu sehen, dass nicht nur 2026, sondern auch in den Jahren danach massiv investiert wird. Insgesamt sind es in den **kommenden vier Jahren mehr als 55 Millionen Euro**.

Steigende Kosten werde die Stadt Bramsche auch beim Personal verkraften müssen.

Im Stellenplan sind neue Stellen, insbesondere im Bereich Digitalisierung, vorgesehen, die für die Stadtverwaltung ein Muss sind.

So ist die Schaffung der Stelle eines **Prozessmanagers** für die erfolgreiche OZG-Umsetzung in der kommunalen Verwaltung Niedersachsens unverzichtbar.

Zitat aus der Stellungnahme des Landesrechnungshofes:

„Die digitale Transformation der Verwaltungsdienste gemäß dem Onlinezugangsgesetz (OZG) erfordert eine konsequente Prozessanalyse und -optimierung.

Ein Prozessmanager übernimmt die Strukturierung und Standardisierung der fachlichen Abläufe und sorgt durch Schnittstellenmanagement für die reibungslose Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationseinheiten.

Nur durch diese prozessorientierte Vorgehensweise kann die Kommune ihre gesetzliche Pflicht zur Digitalisierung effizient und bürgernah erfüllen.

Das Gesetz verlangt die digitale Bereitstellung von Verwaltungsleistungen "end-to-end" ohne Medienbrüche, was nur durch eine Anpassung und Optimierung der bestehenden Prozesse möglich ist.

Ohne eine Prozessoptimierung würden lediglich bestehende analoge Abläufe digital abgebildet, was die Effizienz und Nutzerfreundlichkeit nicht verbessert.

Eine gezielte Optimierung der Prozesse ist daher Voraussetzung, um die gesetzlich geforderte nutzerfreundliche, sichere und nachhaltige digitale Verwaltung zu gewährleisten.

*Mit Blick auf die stetig steigenden Anforderungen im Bereich der IT-Sicherheit sowie die zunehmende Bedrohungslage durch Cyberangriffe ist die Einrichtung einer Stelle für einen **Informationssicherheitsbeauftragten** ebenfalls unabdingbar.*

Dieser gewährleistet die kontinuierliche Umsetzung und Kontrolle von Informationssicherheitsmaßnahmen und reduziert die Risiken für die sensiblen Verwaltungsdaten maßgeblich.

Durch fortlaufende Analyse, Koordination und den Schutz kritischer Prozesse wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die digitale Verwaltung gestärkt und die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften wie DSGVO und NDIG sichergestellt.

Das IT-Grundschutz-Profil Basis-Absicherung Kommunalverwaltung definiert die Mindestmaßnahmen, die in einer Kommunalverwaltung umzusetzen sind, um sich nach Einschätzung der Arbeitsgruppe“

BGM Pahlmann führt aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt ein Spannungsfeld zwischen dem, was notwendig sei und dem, was gemeinsam als verantwortbar und leistbar erachtet werden könne, bestehe. Es sei jedoch offensichtlich und unumgänglich, dass die nötigen Investitionen getätigt werden müssen, die die Stadt Bramsche für eine gute Zukunft zwingend brauche. Gleichzeitig dürfe aber eine Sache nicht außer Acht gelassen werden. Einige Jahre können überbrückt und von Rücklagen gezehrt werden. Schließlich sei diese Systematik dafür da, um schlechte Jahre zu kompensieren. Dies könne kein Dauerzustand sein, denn irgendwann werden auch diese Rücklagen verbraucht sein. Angesichts der Dynamik, mit der auf der einen Seite einige Aufwandspositionen wachsen und dem fehlenden Ertragswachstum auf der anderen Seite müsse gemahnt und eine Diskussion angeregt werden, wie perspektivisch verfahren werden könne. Da nicht davon auszugehen sei, dass in Zukunft die Belastungen weniger werden und sich die Rahmenbedingungen verbessern, müsse rechtzeitig gegengesteuert werden. Der neue Rat sollte spätestens Anfang 2027 mit einer Haushaltsklausur starten, um die politischen Möglichkeiten auszuloten, die sich nach der Wahl bieten. Bei zwei sehr kostspieligen Projekten sei vor der Sommerpause in diesem Jahr ein großer Konsens erzielt worden. Lütti und der Neubau der Dreifeldturnhalle seien gute Beispiele für gemeinsames Handeln unter besonderen Herausforderungen und ein starkes Signal für das Vertrauen in die langfristige Handlungsfähigkeit der Stadt.

Mit diesem Haushaltsentwurf werde bewiesen, dass trotz der aktuell großen Herausforderungen, die Bedingungen für eine erfolgreiche und gute Zukunft der Stadt Bramsche weiter entwickelt werden können. Bramsche sei eine starke Stadt mit einer engagierten Stadtgesellschaft. Gemeinsam müsse daran gearbeitet werden, Bramsche stark und lebenswert zu halten – jetzt und für die kommenden Generationen.

Es sei unbestreitbar, dass der städtische Haushalt unter der immer größer werdenden Aufgaben- und Ausgabenlast leide. Aber es liege auch ein solides Zahlenwerk zur Beratung vor. Der Haushalt der Stadt Bramsche stehe auch in schwierigen Zeiten für eine zukunfts- und handlungsfähige Finanzpolitik, der insbesondere den aktuellen Rahmenbedingungen Rechnung trage und durch klare Prioritäten allen die erforderliche Planungssicherheit gebe. Die Zeiten seien nicht einfach und die Herausforderungen weiterhin groß. Dies betreffe aber nicht nur Bramsche. Alle öffentlichen Haushalte darben derzeit, weil sich elementare wirtschaftliche Leistungsdaten verändert haben und noch weiter verändern werden. Dennoch müsse abschließend betont werden, dass die Stadt Bramsche grundsolide aufgestellt sei. Durch umsichtiges Wirtschaften bestehe weiterhin Gestaltungsspielraum, der zum Wohle der Stadt Bramsche genutzt werde. In den kommenden Beratungen müsse dies immer im Blick behalten werden, sodass die Stadt Bramsche auch weiterhin finanziell handlungsfähig bleibe.

Klimaschutz, Energiewende, Mobilitätswende, Digitalisierung, Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen – diese zahlreichen Aufgaben sollten als Chance verstanden werden, um die stetige gute Entwicklung der Stadt Bramsche weiter vorantreiben zu können. Zukunft gestalten und Spielräume

erhalten – nur gemeinsam könne Politik und Verwaltung dies bewältigen. Diesen Weg gemeinsam gehen – mit Mut, mit Verantwortung und im Bewusstsein, dass jetzt gehandelt werden müsse, um die Zukunft der Stadt Bramsche zu sichern.

Trotz aller politischer Unterschiedlichkeiten sollte gemeinsam daran gearbeitet werden, dass sich alle Menschen auch in Zukunft in der Stadt Bramsche wohlfühlen können.

BGM Pahlmann wünsche sich konstruktive Beratungen zum Haushalt 2026 und ein gutes Ergebnis im Sinne der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Auch wenn die Haushaltslage derzeit nicht rosig aussehe, könne die Stadt Bramsche auf viele Dinge stolz sein. Umfangreiche Themen, die gemeinsam in unzähligen Sitzungen diskutiert, abgewogen und letztendlich auch umgesetzt wurden, um Bramsche weiterzuentwickeln. Für diese fruchtbare Zusammenarbeit bedankt sich BGM Pahlmann ausdrücklich. Die Stadt Bramsche habe großes Potential, die Bürgerinnen und Bürger seien bereit, sich für ihre Kommune einzubringen, die strukturellen Gegebenheiten seien hervorragend und der Rat habe die Verantwortung, die grundsätzlich guten Rahmenbedingungen zu erkennen und für die Entwicklung der Stadt zu nutzen. Da ein Haushalt nur in Gemeinschaft erarbeitet werden könne, bedankt sich BGM Pahlmann ganz ausdrücklich bei Sonja Bodensiek und Tobias Gregor, für die bis jetzt schon geleistete Arbeit und für das, was noch auf sie zukommen werde.

TOP 8.1	Haushaltsplan - Stellenplan 2026	WP 21-26/0737
---------	----------------------------------	---------------

TOP 9	Übertragung des Wärmecontracting ins Geschäft der laufenden Verwaltung	WP 21-26/0744
-------	--	---------------

Die Vorlage wurde zurückgestellt. Siehe dazu Top 2.

TOP 10	1. Änderung der Marktgebührensatzung der Stadt Bramsche	WP 21-26/0734
--------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

Die 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktgebühren in der Stadt Bramsche wird in der anliegenden Fassung beschlossen

ESTR'in Glasmeyer erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 11	Festlegung des Wahltages für die Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamtin bzw. des Hauptverwaltungsbeamten 2026	WP 21-26/0727
--------	---	---------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Vertretung bestimmt den 13.09.2026 als Termin für die Direktwahl der Hauptverwaltungsbeamtin bzw. des Hauptverwaltungsbeamten der Stadt Bramsche.

2. Der Termin für eine möglicherweise erforderliche Stichwahl wird auf den 27.09.2026 festgelegt.

ESTR'in Glasmeyer erläutert die Vorlage.

RV Müller lässt über den o.g. Beschlussvorschlag abstimmen. RM Bergander ist während der Abstimmung nicht im Ratssaal.

Abstimmungsergebnis: 32 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

TOP 12	Antrag der SPD-Fraktion "Prüfung Stipendium oder anderweitige Studienförderung / ärztliche Ausbildung"	WP 21-26/0756
--------	--	---------------

Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten zur Einführung eines Stipendiums oder einer anderweitigen Studienförderung im Zusammenhang mit einer ärztlichen Ausbildung durch die Stadt Bramsche zu prüfen.~~

~~Die Stadtverwaltung ermittelt einen möglichen Förderrahmen und benennt die finanziellen Auswirkungen einer möglichen Förderung auf den städtischen Haushalt.~~

~~Die Stadtverwaltung erstellt bis zur Ratssitzung am 04.12.2025 ein entsprechendes Konzept zur Beschlussfassung.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in Bramsche durch die Stadt aufzuzeigen und dem Rat darzulegen.

RM Neils erläutert den Hintergrund des gestellten Antrages. Die SPD-Fraktion möchte mit dem Antrag eine Zusammenarbeit mit allen Fraktionen initiieren, um für das Jahr 2026 einen möglichst gemeinsamen Konsens für eine Art Studienförderung oder Stipendium für studierende Ärzte zu finden, da auch in Bramsche mittelfristig Ärzte benötigt werden. Dieses soll zur Folge haben, dass sich junge Ärzte nach Möglichkeit nach Abschluss ihres Studiums in Bramsche niederlassen. Seine Fraktion möchte kein fertiges Konzept vorlegen bzw. heute in die Diskussion darüber gehen wollen, wie das im Einzelnen ausgestaltet werden soll. Damit spricht er die von der Fraktion B90/Die Grünen vorgelegte Tischvorlage an. Er ist der Meinung, dass es nicht Sinn und Zweck einer Ratssitzung sei, Inhalte eines möglichen Konzeptes zu diskutieren. Er halte die Schaffung einer kleinen Arbeitsgruppe unter der Leitung eines städtischen Mitarbeitenden für sinnvoller. In dieser könne dann in den nächsten Wochen und Monaten ein Konzept entwickelt werden, um dann für den Haushalt 2026 eine Summe einstellen zu können, die dem Gesamtkonzept Rechnung trage. Ihm sei bekannt, dass der Landkreis Osnabrück bereits eine entsprechende Richtlinie zur Förderung der medizinischen Versorgung erarbeitet habe. Auch gebe es einen „10-Punkte-Aktionsplan für mehr Hausärztinnen und Hausärzte in Niedersachsen“. Er sei der Meinung, dass dies alles zusammengebracht werden müsse, um nach Möglichkeit eine optimale Förderung für junge Leute gewährleisten zu können.

RM Reyl bedankt sich ausdrücklich für den von der SPD-Fraktion eingereichten Antrag und erläutert den von seiner Fraktion als Tischvorlage eingereichten Konzeptvorschlag (siehe Anlage zum Protokoll). Seine Fraktion unterstütze den von der SPD eingereichten Antrag, möchte aber darum bitten, diesen noch nicht in dieser Sitzung zu beschließen und Verwaltungsaufwand zu produzieren, sondern dieses

Vorab-Konzept zuvor dem zuständigen Fachausschuss zur Beratung zu stellen und dann mit allen etwaigen Änderungen als Empfehlungen für den Haushalt 2026 zu beschließen. Das Konzept solle nicht als fertiger Vorschlag seiner Fraktion angesehen werden, sondern als gemeinsame Diskussionsgrundlage für Verwaltung und Rat, die einerseits Verwaltungsaufwand reduziert und andererseits schneller zum Ziel führe. Er wünsche sich eine interfraktionelle Lösung über alle demokratischen Parteien im Rat.

RM Quebbemann bedankt sich für den Impuls seitens der SPD-Fraktion, dass sich der Rat mit einem der wichtigsten Themen (Gesundheitsversorgung / Ärzteversorgung) in Bramsche beschäftige. Er geht auf die Gründe ein, warum die Problematik der Ärzteversorgung bestehe. Es liege einerseits daran, dass für das Medizinstudium ein Numerus clausus (NC) vorgesehen sei, er aber davon ausgehe, dass durchaus auch Studenten ohne NC gute Ärzte werden können. Das Land Niedersachsen stelle einfach nicht genug Studienplätze zur Verfügung. Da sich an dem Zustand jedoch nichts ändern werde, halte er es für wichtig, dass sich die Stadt Bramsche mit breiter Mehrheit dieses Problems für Bramsche annehme. Dabei müsse der Rahmen der finanziellen Möglichkeiten beachtet werden. Er halte den Antrag für einen guten Impuls. Seine Fraktion möchte ihn jedoch erweitern und wesentlich breiter aufstellen. Das Instrument eines Stipendiums sei nur eine von vielen möglichen Bausteinen, die gemeinsam mit allen Akteuren, wie der kassenärztlichen Vereinigung, dem Landkreis Osnabrück usw. besprochen werden müsse. Ein wichtiger Punkt sei auch die medizinische Hochschule, die auf Initiative von Frau Pötter auf den Weg gebracht wurde. Der Vorschlag der CDU-Fraktion sei, die Betrachtung zu erweitern und die Stadtverwaltung darum zu bitten, zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung entsprechende konkrete Maßnahmen der Stadt Bramsche vorzuschlagen und dem Rat darzulegen. Der Landkreis habe ein Stipendium auf den Weg gebracht, aber er frage sich, wann das wirke. Die Studenten, die jetzt anfangen zu studieren, wären erst weit in den 2030er Jahren Ärzte. Darauf könne nicht gewartet werden, sondern es müsse bereits jetzt was passieren und Maßnahmen ergriffen werden. Seine Fraktion würde dem Antrag zustimmen, wenn der Beschlussvorschlag entsprechend breiter formuliert werde und die weitere Ausarbeitung im vorgeschlagenen Arbeitskreis erfolge.

RM Staas-Niemeyer erinnert an die vergangene Situation an der Jägerstraße, in der konkrete Möglichkeiten bestanden haben, ein Ärztehaus zu errichten, welche dann nicht zur Ausführung kamen. Sie befürworte die Überlegungen, bitte dann aber auch darum, dass wirklich etwas entschieden werde.

RM Sieksmeyer erklärt bzgl. der vergangenen Situation, dass es sicherlich auch möglich gewesen wäre, ein Ärztehaus zu etablieren, ohne es im Zusammenhang mit einem großen Discounter zu planen. Seine Fraktion habe zunächst vorgeschlagen, den Konzeptvorschlag in den Sozialausschuss, als zuständigen Ausschuss, zu geben. Wenn jedoch vorher eine interfraktionelle Arbeitsgruppe gebildet werden solle, in der dann auch der von seiner Fraktion vorgelegte Vorschlag berücksichtigt werden würde, sei seine Fraktion mit dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion einverstanden.

Änderungsantrag für den Beschlussvorschlag von RM Quebbemann:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Möglichkeiten zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung in Bramsche durch die Stadt aufzuzeigen und dem Rat darzulegen.

RV Müller lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 33 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Enthaltungen

Keine

TOP 14	Anfragen und Anregungen
--------	-------------------------

Keine

TOP 15	Einwohnerfragestunde
--------	----------------------

Eine Bürgerin möchte wissen, ob die durch RM Neils angeregte Arbeitsgruppe „Straßenausbaukosten“ bereits stattgefunden habe.

RM Neils erklärt dazu, dass sie schon mehrfach stattgefunden habe und das nächste Mal am 22.09.2025 tagen werde.

Sie möchte weiterhin wissen, ob es in 2026 zu einem Abschluss kommen werde, worauf hin RM Neils mitteilt, dass er davon aus gehe.

Winfried Müller
Vorsitzender

BGM Heiner Pahlmann
Verwaltung

Esther Lüßenheide
Protokollführerin